



Klimakonferenz: Ambitionen erhöhen, Schlupflöcher schießen

NABU/NAJU-Forderungen zur COP 25 Madrid

Vom 2. bis 13. Dezember 2019 findet in der spanischen Hauptstadt Madrid unter chilenischem Vorsitz die 25. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC COP 25) statt. Nachdem im Dezember 2015 bei der COP 21 das historische Pariser Klimaschutzabkommen verabschiedet wurde steht damit das Rahmenwerk für den internationalen Klimaschutz. In den Jahren 2016 und 2017 wurde mit der ersten Ausgestaltung des Abkommens begonnen und 2018 in Kattowitz das Regelwerk weitgehend fertiggestellt. Nun müssen dieses Jahr die Handelsmechanismen geregelt und die Steigerung der Ambitionen verhandelt werden.

Die jüngsten Berichte des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) legen nahe, dass wirksamer Klimaschutz nur mit großen Veränderungen innerhalb der nächsten zehn Jahre möglich ist, was den Bereich von Landnutzung und Naturschutz explizit mit einschließt. Auf der COP 25 müssen dazu die Grundlagen verhandelt werden. Darüber hinaus hat die COP 25 eine sehr starke politische Bedeutung für den Multilateralismus im Allgemeinen sowie als Vorboten für eine erfolgreiche Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zum Erhalt der Biologischen Vielfalt (CBD COP 15), die im kommenden Jahr in China stattfinden wird.

NABU und NAJU nehmen als Beobachter an der COP 25 teil und stellen in diesem Hintergrundpapier ihre Forderungen zu den wichtigsten Verhandlungsthemen in Madrid vor.

Klimakrise

Unser Klima verändert sich, und zwar mit ernsthaften Folgen für Natur und Umwelt sowie unsere Lebensgrundlagen. Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) hat in seinem fünften Sachstandsbericht im Jahr 2014 konstatiert, dass die Erderhitzung eindeutig sei und seit den 1950er Jahren in einer noch nie dagewesenen Form zu beobachten. Die Periode zwischen 1983 und 2012 ist höchstwahrscheinlich die wärmste 30-Jahres-Periode seit mindestens 1.400 Jahren. Zwischen 1880 und 2018 fand ein Anstieg der globalen Mitteltemperatur von ca. 1°C statt. Die Jahre 2015 bis 2018 waren die vier wärmsten Jahre seit Aufzeichnung der Temperatur.



Kontakt

NABU-Bundesverband

Leiter Energiepolitik und Klimaschutz

Sebastian Scholz

Tel. +49 (0)30. 284 984.1617

Fax +49 (0)30. 284 984.3617

Mobil +49. (0)172. 41 79 727

Sebastian.Scholz@NABU.de

www.twitter.com/NABU_Klima

NAJU-Bundesverband

Jugenddelegierte fürs Klima

Janine Wohlers & Jan Göldner

Janine.Wohlers@NAJU.de

Jan.Goeldner@NAJU.de

www.twitter.com/NAJU_de

www.instagram.com/naturschutzjugend

ren. Das bisher wärmste Jahr war 2016. Allerdings gab es bereits in diesem Jahr neue Temperaturrekorde (siehe Abbildung 1).

**Die traurige Realität der Klima-
krise – fast monatlich werden
Temperaturrekorde gebrochen.**

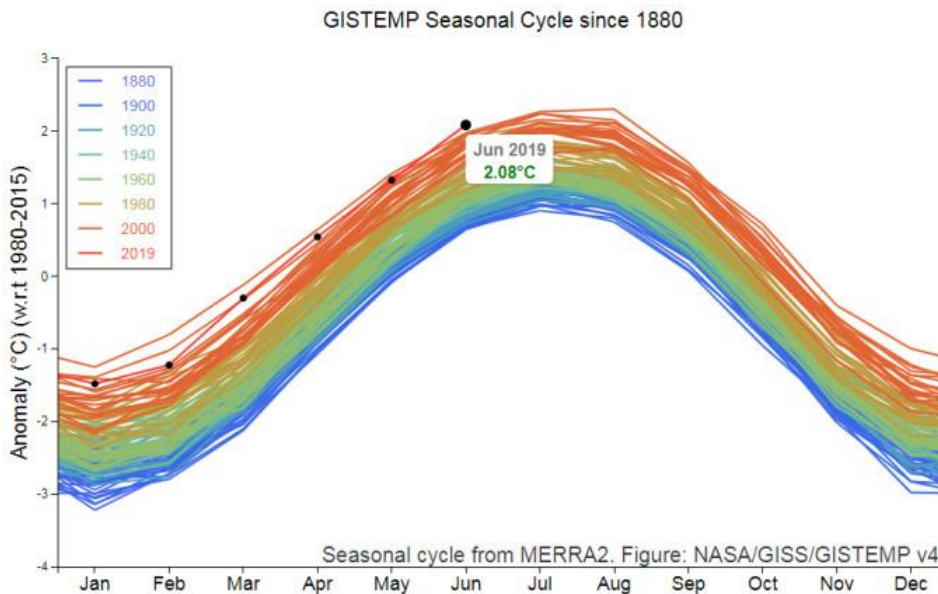
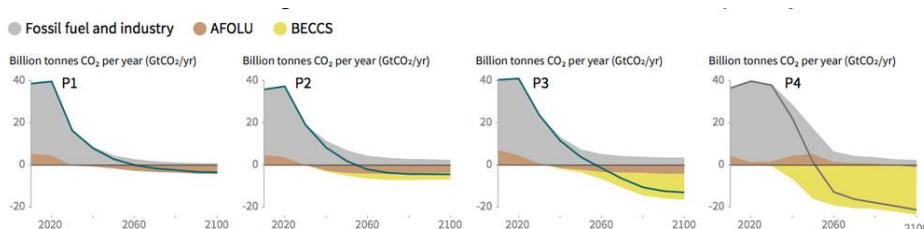


Abbildung 1: Entwicklung der durchschnittlichen globalen Oberflächentemperatur seit 1880. Abbildung: NASA GISS / Gavin Schmidt

In der Wissenschaft herrscht Einigkeit, dass die Aufheizung der Erdatmosphäre menschengemacht ist. Die wirtschaftliche Entwicklung und das Bevölkerungswachstum sind die wesentlichen Treiber für den Anstieg von anthropogenen Treibhausgasemissionen. Das hohe Niveau der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre führt zu einer Veränderung des globalen Klimasystems – was unter anderem Ausdruck im Anstieg der globalen Mitteltemperatur findet. Die Aufheizung der Erdatmosphäre bedingt Veränderungen in den globalen Ökosystemen, wie zum Beispiel das Abschmelzen der Polkappen und Permafrostböden, den Anstieg des Meeresspiegels oder die Ausbreitung von Wüsten. Extremwetterereignisse wie Hochwasser, Sturmfluten, Dürre, Hurrikane, Starkregen, Hitzewellen und Frostperioden werden deutlich häufiger auftreten. Die erhöhte Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre führt zu einer Versauerung der Meere mit nicht absehbaren Folgen für die Meeresorganismen und in Folge dessen für den Menschen.

Um die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu verhindern, wurde sich in Paris auf das Ziel geeinigt, die Erderhitzung auf bestenfalls 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Dies kann nur durch ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen gelingen, die schnell eingeleitet werden müssen. Der IPCC hat im Jahr 2018 einen Sonderbericht veröffentlicht (IPCC SR1.5) der darstellt, dass das Ziel, die globale Temperaturzunahme zu begrenzen möglich ist. In Abbildung 2 sind die verschiedenen möglichen Szenarien dargestellt (P1 bis P4). Die Szenarien unterscheiden sich wesentlich in den notwendigen Maßnahmen, insbesondere in der Frage nach dem großflächigem Einsatz von Bioenergie kombiniert mit CO₂-Abscheidung (Bioenergy with Carbon Capture and Storage, BECCS). Allen Szenarien ist aber die Tatsache gemein, dass wir den Ausstoß von Treibhausgasen sehr schnell mindern müssen. Den Szenarien P1 bis P3 ist darüber hinaus gemein, dass wir weltweit die Landnutzung (Agriculture, Forestry and Other Land Use, AFOLU) dahingehend ändern müssen, dass Emissionsminderungen durch Senkenfunktionen die Emissionsquellen deutlich überwiegen. Der Sonderbericht des IPCC über Klimakrise und Landsysteme (Special Report on Climate Change and Land,

SRCC), stellt die Zusammenhänge zwischen Landnutzung und Emissionen dar. Minderungen der Emissionen aus der Landnutzung können durch nachhaltiges Landmanagement erreicht werden und dabei weitere positive Effekte für den Erhalt der Artenvielfalt und die Klimaanpassung bewirken.



Schnelles Handeln ist notwendig, um die Erderhitzung noch auf 1,5° zu begrenzen.

Abbildung 2: Im 1,5°C-Sonderreport des IPCC werden verschiedene Szenarien dargestellt, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen (Quelle: IPCC SR 1.5 Summary for Policymakers)

Bereits heute spüren wir überall die drastischen Auswirkungen der Klimakrise. Neben der weltweiten Häufung von Extremwetterereignissen erleben wir auch sekundäre Folgen wie die Destabilisierung ganzer Regionen – und dadurch ausgelöste Migrationsbewegungen. Ein Anstieg der globalen Temperatur wird die Welt, wie wir sie kennen, fundamental verändern: Tiere und Pflanzen, die sich nicht schnell genug an die sich verändernden Bedingungen anpassen können, bleibt die Migration oder sie werden aussterben. Inselgruppen werden aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels versinken oder durch Versalzung der Böden unfruchtbar. Besonders betroffen sind die ärmsten Regionen des globalen Südens. Ein Temperaturanstieg von mehr als 1,5 Grad hätte katastrophale Folgen für Natur und Umwelt, genauso wie für die Menschheit. Die Verringerung der biologischen Vielfalt ist ebenso zu befürchten wie der Zusammenbruch der Wirtschaft in einigen Regionen der Welt. Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Wasser und Ackerfläche werden die bereits heute instabilen Regionen weiter destabilisieren.

Das Paris Agreement

Der 12. Dezember 2015 markiert ein historisches Datum: die 196 Vertragsstaaten der Vereinten Nationen haben sich auf der Pariser Klimakonferenz (COP 21) auf das *Paris Agreement* geeinigt. Damit gibt es ein universelles Abkommen, das den Weg in eine dekarbonisierte, resiliente und faire Zukunft aufzeigt.

Basis des Klimaabkommens sind die nationalen Klimaschutzpläne (Nationally Determined Contributions, NDCs) aller Vertragsstaaten. Das ist eine wesentlich Neuerung in der internationalen Klimapolitik, denn damit ist die strikte Abgrenzung zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten vorbei. Noch im Kyoto-Protokoll wurde zwischen Industrie- und Entwicklungsländern unterschieden – Maßnahmen zum Klimaschutz mussten nur Industrieländer erbringen. Stattdessen ist nun das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung („common but differentiated responsibility“, cbdr) das Leitmotiv der Klimadiplomatie. Damit reflektiert das Abkommen, dass die Industriestaaten eine durchaus höhere und historische Verantwortung für die aktuelle Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre tragen als die Entwicklungsländer. Aber auch sich entwickelnde Staaten werden in die Pflicht genommen, ihre Emissionen zu mindern.

Das Paris Agreement ist richtungsweisend, denn es wurden Langfristziele und die regelmäßige Überprüfung, ob sich die Staatengemeinschaft auf dem richtigen Weg befindet, vereinbart. Nicht nur Vermeidung von Treibhausgasen und Klimaschutz werden im Abkommen adressiert, auch die Folgen der Klimakrise werden benannt und Anpassungsziele sollen erstellt werden. Transparenz ist ebenso Teil des Paris Agreements wie die notwendigen Mechanismen um Geld, Wissen und Technologie in den besonders stark betroffenen Regionen der Welt bereitzustellen. Ebenfalls ist das Thema *Verluste und Schäden* (Loss and Damage) in das Paris Agreement eingegangen.

Langfristziele

Im Paris Agreement ist festgehalten, dass der Anstieg der globalen Mitteltemperatur auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden soll. Dafür muss der Höhepunkt der CO₂-Emissionen – und damit der Höhepunkt der Verbrennung fossiler Energieträger – so schnell wie möglich überschritten werden. Anschließend müssen die globalen Treibhausgasemissionen schnell sinken, damit in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts die Summe aus menschengemachten Emissionen und Senken bei null liegt. Das bedeutet für Deutschland und Europa gilt dadurch, dass spätestens zur Mitte dieses Jahrhunderts, besser noch deutlich früher, die Treibhausgasemissionen bei Netto Null liegen.

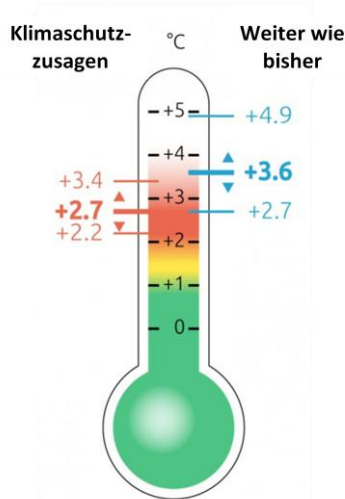
Ambitionssteigerungsmechanismus

Im Paris Agreement hat die Staatengemeinschaft sich darauf verständigt, dass alle fünf Jahre eine weltweite Inventur (Global Stocktake) der Klimaschutzmaßnahmen erfolgt und überprüft wird, ob der Pfad zur Erreichung der Langfristziele eingehalten wird. Die erste Inventur fand 2018 statt. Ebenfalls alle fünf Jahre sollen alle Vertragsstaaten ihre Klimaschutzpläne nachbessern, zum ersten Mal im Jahr 2020. Dabei ist vertraglich festgehalten, dass die jeweiligen Klimaschutzambitionen nur gesteigert, nicht aber gesenkt werden können. Dieser Mechanismus ist dringend nötig, denn schon in Paris hat sich herausgestellt, dass die Summe der nationalen Klimaschutzpläne nicht ausreicht, um die Langfristziele zu erreichen. Nach aktuellen Berechnungen erreichen die

Das Paris-Abkommen:

Ein universelles und globales Abkommen mit gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortung

bisherigen Klimaschutzzusagen nur, die Aufheizung der globalen Mitteltemperatur auf 2,2 bis 3,4 °C zu begrenzen – also deutlich zu wenig (siehe Abbildung 3).



Business-as-Usual reicht nicht, um die Klimaziele zu erreichen, die gemachten Zusagen aber auch nicht. Die Ambitionen müssen noch gesteigert werden.

Abbildung 3: Nicht einmal das zwei-Grad-Ziel ist mit den derzeitigen Klimaschutz-Ambitionen zu erreichen. Abbildung: Climate Action Tracker

Im kommenden Jahr müssen alle Staaten ihre NDCs nachbessern. Dieser Prozess ist langwierig, deshalb muss schon in diesem Jahr der Druck und das Momentum aufgebaut werden, damit 2020 wirklich substanzielle Nachbesserungen der NDCs vorgenommen werden.

Anpassung

Die Anpassung an die Klimakrise ist der zweite zentrale Pfeiler des Paris Agreements. Im Abkommen wurde das Ziel vereinbart, die Anpassungskapazität und die Resilienz, das heißt die Widerstandsfähigkeit, von Natur und Umwelt gegen die Klimakrise zu erhöhen, sowie die Verwundbarkeit durch die Klimakrise zu mindern. Genauso wie bei den Klimaschutzzielen soll regelmäßig überprüft werden, ob die eingeleiteten Klimaanpassungsmaßnahmen ausreichen und ggf. nachgesteuert werden muss. Darüber hinaus wurde Entwicklungsländern Unterstützung bei der Anpassung zugesagt.

Schäden und Verluste

Schäden und Verluste (Loss and Damage) sind physische, soziale oder wirtschaftliche Klimafolgen, die durch Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht mehr vermieden oder rückgängig gemacht werden können. Im Paris Agreement wurde *Loss and Damage* als eine künftige, unabhängig von der Anpassung zu bearbeitenden Thematik anerkannt. Es wurde aber auch festgehalten, dass entwickelte Länder nicht verpflichtet sind, Schäden und Verluste zu kompensieren.

Finanzierung

Die Dekarbonisierung und die klimaresiliente Zukunft werden Geld kosten. Im Paris Agreement ist festgehalten, dass private und öffentliche Geldströme in Richtung niedriger Emissionen und klimaresilienter Entwicklung gelenkt werden müssen. Entwickelte Länder müssen Entwicklungsländer finanziell unterstützen. Erstere haben zuge-

sagt, dafür ab dem Jahr 2020 jährlich bis zum Jahr 2025 100 Milliarden US-Dollar in den Green Climate Fund (GCF) einzuzahlen. Deutschland kündigte als eines der ersten Länder an, den Beitrag zum GCF auf 1,5 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Darüber hinaus müssen signifikante Geldströme für die Anpassung an die Klimakrise in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden.

Transparenz

Im Paris Agreement wurde ein gemeinsamer Transparenzrahmen vereinbart, in dem Vertragsstaaten regelmäßig über die Menge ihrer Treibhausgasemissionen und den Fortschritt der Umsetzung der nationalen Klimaschutzpläne Bericht erstatten. Damit soll das gegenseitige Vertrauen aller Mitgliedsstaaten in die Umsetzung der Klimaschutzziele gestärkt und die Vergleichbarkeit von Messmethoden und Berechnungen hergestellt werden. Entwickelte Länder berichten darüber hinaus auch über Höhe und Richtung der mobilisierten Geldströme.

Rechtsform

Das Paris Agreement ist ein universeller Vertrag der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC). Seit April 2016 konnte er gezeichnet werden, bereits am fünften Oktober 2016 wurden die beiden Bedingungen zu seinem Inkrafttreten erfüllt: Es hatten mindestens 55 Vertragsstaaten mit einem Anteil von mindestens 55 Prozent am weltweiten Treibhausgasausstoß das Paris Agreement ratifiziert – darunter neben den USA und China auch Deutschland. Das Paris Agreement trat 30 Tage nach Erfüllung der beiden Bedingungen, am 4.11.2016, in Kraft; die erste Konferenz der Vertragsstaaten zum Paris Agreement (Conference of the Parties to the Paris Agreement – CMA 1) fand am 4.11.2016 im Rahmen der COP 22 statt. In der Zwischenzeit haben die USA offiziell leider ihre Kündigung vom Paris Agreement eingereicht. Diese wird innerhalb einer Frist von einem Jahr gültig, sodass die USA nach aktuellem Stand ab dem 5.11.2020 nicht mehr Teil des Paris Agreements sind. Das Paris Agreement enthält ein rechtlich bindendes Regelwerk zu Berichterstattung, Transparenz und Überprüfung, um das Problem der Klimakrise anzugehen.

NABU- und NAJU-Forderungen

Die Rahmenbedingungen für den internationalen Klimaschutz sind durch das Paris Agreement gesetzt. Das Regelwerk ist größtenteils zu Ende verhandelt und wurde 2018 auf der COP 24 in Kattowitz, Polen mit einer Ausnahme verabschiedet: Das Regelwerk für Handelsmechanismen im Rahmen des Paris Agreements muss noch verhandelt und verabschiedet werden (Artikel 6). Dabei gilt es, potenzielle Doppelzählungen von Minderungen unbedingt zu vermeiden, ebenso Schlupflöcher im Handel. Gleichzeitig muss ein neues Momentum aufgebaut werden, um schon bei der COP 25 im Jahr 2020 ernsthafte Ambitionssteigerungen zu erzielen. Wenn die COP 25 ein Erfolg werden soll, müssen mindestens die folgenden NABU-/NAJU-Forderungen erfüllt werden.

Die COP 25 muss Schlupflöcher in Handelsmechanismen schließen und das Momentum für die Nachbesserung der NDCs bei der COP 26 in Glasgow aufbauen.

Regeln für Handelsmechanismen – fair und sicher

Mit der Einigung über den sechsten Artikel wird das Regelwerk des Paris Agreement vollständig abgeschlossen sein. Darin muss definiert werden, wie und unter welchen Bedingungen Treibhausgasminderungen gehandelt werden dürfen. Ursprünglich sollten die Verhandlungen dazu bereits bei der COP 24 in Kattowitz beendet werden, damals ließ sich jedoch keine Einigung erzielen. Eine robuste, faire und sichere Ausgestaltung von Handelsmechanismen ist notwendig, damit es, anders als unter dem Kyoto-Protokoll, nicht zu massivem Missbrauch kommt. NABU und NAJU fordern, dass die Anrechenbarkeit von Zertifikaten aus dem Kyoto-Mechanismus ausläuft, Doppelzählungen und Schlupflöcher im Regelwerk ausgeschlossen sind und die Zusätzlichkeit von gehandelten Minderungen sichergestellt wird. Um echte Minderungen zu gewährleisten, muss ein Mechanismus in den Handel eingebaut werden der garantiert/dafür sorgt, dass nur ein zu definierender Anteil der tatsächlichen Minderungen nach dem Handel worauf? angerechnet werden kann. Um Zertifikate anrechnen zu lassen bedarf es eines ambitionierten NDCs, sodass Vertragsstaaten statt eines einfachen Freikaufs selbst Minderungsmaßnahmen anstoßen. Es muss sichergestellt werden, dass Maßnahmen im Handelsmechanismus nicht zu Lasten der lokalen Artenvielfalt führen oder die Integrität der Ökosysteme gefährden.

Ambitionen steigern – Momentum aufbauen

Bereits in Paris war klar: Zum Erreichen der Langfristminderungsziele reicht die Summe der aktuellen nationalen Klimaschutzpläne (NDCs) nicht aus. Der Pfad der eingeschlagen würde, wenn es bei der Umsetzung der aktuellen NDCs bliebe, die globale Aufheizung nur aus 2,2 bis 3,4 Grad Celsius begrenzen (vgl. Abbildung 3). Es ist daher notwendig, dass die Vertragsstaaten ihre Klimaschutz-Ambitionen noch deutlich steigern und entsprechende Maßnahmen umsetzen um die vereinbarten Langfristziele zu erreichen. Das gilt insbesondere für die Industrie- und Schwellenländer. Denn allein die Staaten der G20 verursachen rund 80 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Im Jahr 2018 fand eine erste offizielle Bestandsaufnahme statt (Global Stocktake). Allerdings erfolgte damals/dann auf der COP 24 keine klare Entscheidung für die Nachbesserung der NDCs. Stattdessen wurde der UN-Sondergipfel im September 2019 als Auftakt für die Nachbesserung der NDCs genannt. NABU und NAJU fordern, dass in diesem Jahr bei der COP 25 ein klares Bekenntnis für mehr Ambitionen bei den nationalen Klimaschutzplänen ausgesprochen wird, damit im kommenden Jahr auf der COP 26 in Glasgow ein deutliches Nachschärfen der NDCs erfolgt. Deutschland muss bereits jetzt im Bereich Klimaschutz eine führende Rolle einnehmen. Mit angemessenen Ambitionen und Innovationen muss Deutschland als Vorbild voran gehen und die EU zu ähnlichen Signalen bewegen. Denn wenn ein Land, das so stark von fossilen Energieträgern abhängig ist, zeigt, dass ein Ausstieg aus der fossilen Energie hin zu Erneuerbaren Energien tatsächlich möglich ist, kann dies dazu beitragen, die Ambitionen der anderen Mitgliedsstaaten zu steigern.

Darüber hinaus sind Koalitionen von ambitionierten Vertragsstaaten notwendig, die beispielgebend schon jetzt neue Zusagen zu mehr Ambitionen ankündigen. So kann ein Momentum aufgebaut werden, um im kommenden Jahr eine unausweichliche Ambitionssteigerung zu erreichen.

Außerdem ist eine Einigung auf einen gemeinsamen Zyklus für die NDCs nach 2030 notwendig. Aus Sicht des NABU und der NAJU muss sich die Staatengemeinschaft auf einen Fünfjahres Rhythmus für die Erfassung und Bewertung der NDCs einigen.

Artenvielfalt und Klimaschutz – Natürliche Lösungen nutzen

Im kommenden Jahr wird nicht nur die COP 26 in Glasgow stattfinden, bei der Ambitionssteigerungen notwendig sind. Es wird auch die UN-Konferenz der Konvention für die Biologische Vielfalt (CBD COP 15) im chinesischen Kunming stattfinden. Es wird erwartet, dass dort ein globales Naturschutzabkommen nach Vorbild des Paris Agreement verabschiedet wird. Die Zusammenhänge zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und der Klimakrise sind eindeutig – untrennbar und sich gegenseitig verstärkend stellen beide Entwicklungen eine Megakrise von existenzieller Bedeutung dar. Deshalb ist es zwingend notwendig die Debatten zu verknüpfen. Der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt müssen künftig viel mehr Raum bei den Klimaverhandlungen einnehmen. Ohne konsequente Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen können die Emissionsminderungsziele nicht erreicht werden, dies bestätigen die jüngsten Berichte von IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) und IPCC. Auch sind intakte Ökosysteme notwendig, um die Resilienz gegenüber dem sich ändernden Klima zu erhöhen. NABU und NAJU fordern, dass sich die Notwendigkeit des Schutzes der Artenvielfalt in den Ökosystemen für den Klimaschutz in den Klima-Verhandlungen widerspiegeln. Natürliche Lösungen (Nature based Solutions) müssen anders als bisher eine viel größere Rolle auch in den NDCs spielen. Gleichzeitig müssen Klimaschutzmaßnahmen hinsichtlich ihres Einflusses auf die Biodiversität überprüft werden. Für ein umfassendes Naturschutzabkommen mit überprüfbaren Zielen, auch im Bereich der Landnutzungs- und Subventionspolitik, muss auf internationalem Parkett jetzt ein starkes Momentum aufgebaut werden.

Schnelles Handeln und langfristige Strategie

In Paris wurden Langfristziele vereinbart. Um sie tatsächlich zu erreichen ist schnelles Handeln notwendig. Zur Begrenzung der Erderhitzung muss ein fundamentales Umsteuern erfolgen und deutlich weniger Treibhausgase ausgestoßen werden. NABU und NAJU fordern, dass weitere Maßnahmen zur kurzfristigen Minderung der Treibhausgasemissionen angegangen werden. Deutschland sollte die COP 25 zum Anlass nehmen, die Maßnahmen seines Klimapakets nach zu schärfen, um endlich auf den richtigen Pfad zu kommen, sowie Maßnahmen zum schnellen Erreichen des Klimaziels bis 2020 vorzustellen. Nach aktuellem Stand des Klimapakets der Bundesregierung ist Deutschland nicht in der Lage die Klimaschutzziele bis 2030 zu erreichen. In der internationalen Verhandlungsdynamik kann das zu einer Blamage führen, die unbedingt - auch im Hinblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr - verhindert werden muss. Darüber hinaus braucht es nun einen klaren Pfad für die sektoralen Emissionsminderungen über 2030 hinaus bis zum Jahr 2050. Nur so kann sinnvoll eine glaubwürdige Langfriststrategie formuliert werden.

Zur COP 26 müssen nicht nur die NDCs nachgeschärft werden. Die Vertragsstaaten müssen auch Langfriststrategien, die im Einklang mit dem Pariser 1,5°C Ziel stehen, formulieren. Die NDCs müssen konsistent zu den Langfriststrategien formuliert werden.

Internationaler Flug- und Schiffsverkehr – Emissionen aus diesen Sektoren einbeziehen

Der internationale Flug- und Schiffsverkehr verursacht knapp 6 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Gemäß Prognosen werden diese beiden Verkehrssektoren zukünftig weiter deutlich wachsen. Die internationale Zivilluftfahrtbehörde (International Civil Aviation Organization, ICAO) hat zwar ein Modell zur Minderung der Emissionen aus der Luftfahrt beschlossen (Global Market Based Mechanism – GMBM), es ist aber schon jetzt absehbar, dass die Minderungen nicht ausreichen, um mit den Zielen des Paris Agreements vereinbar zu sein. Auch die internationale Schifffahrtsorganisation (International Maritime Organisation, IMO) hat inzwischen eine Roadmap zur Treibhausgasvermeidung auf den Weg gebracht. Jedoch liegt das derzeitige Ziel bei einer Emissionsminderung von lediglich 50 Prozent bis zum Jahr 2050 und ist damit nicht kompatibel mit den Zielen des Paris Agreements. NABU und NAJU fordern verbindliche Emissionsminderungsziele für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr, die im Einklang mit den Langfristzielen des Paris Agreements stehen. In der internationalen Seeschifffahrt müssen die Emissionen den jeweiligen Flaggenstaaten zugeschrieben werden.

Klimafinanzierung – Gelder zusagen und faire Berichtspflichten

Um durch Klimaschutzmaßnahmen Treibhausgasemissionen zu mindern und die Anpassung an die Klimakrise zu unterstützen, sind Finanzierungsmechanismen notwendig. Die ärmsten Länder werden am stärksten von der Klimakrise betroffen sein, haben aber die geringsten finanziellen Möglichkeiten. Eine angemessene Finanzierung ist notwendig, um Treibhausgasminderungen zu ermöglichen und damit auch die Langfristziele zur Treibhausgasminderung und zur Anpassung zu gewährleisten. NABU und NAJU fordern, dass Deutschland sich für die Wiederauffüllung des grünen Klimafonds einsetzt und den eigenen Beitrag kritisch auf Aufstockung überprüft. Darüber hinaus müssen wieder Zusagen zum Anpassungsfonds gemacht werden. Die Lücke zu den zugesagten 100 Mrd. US-Dollar für die Klimafinanzierung muss geschlossen werden. Dazu müssen die Industrieländer auf der COP 25 einen Weg dahin vereinbaren. Neben den notwendigen Finanzzusagen, müssen Regeln zur Berichterstattung der Finanzzusagen verhandelt werden. NABU und NAJU fordern, dass die Klimakomponente projektspezifisch erfasst wird.

Schäden und Verluste – angemessen und fair implementieren

Schäden und Verluste (Loss and Damage) sind physische, soziale oder wirtschaftliche Klimafolgen, die sich durch Maßnahmen nicht mehr vermeiden oder rückgängig machen lassen. NABU und NAJU fordern, dass das Thema dauerhaft bei Verhandlungen der Klimarahmenkonvention auf der Agenda steht. Ferner muss berücksichtigt werden, dass durch Schäden und Verluste durch die Klimakrise Kosten entstehen. Industrieländer wie beispielsweise die EU-Staaten müssen ihre Verantwortung anerkennen und einen entscheidenden Beitrag zum Ausgleich der verursachten Schäden leisten. Dafür müssen bestehende Instrumente erweitert und angepasst werden, sowie weitere Vorschläge zur Finanzierung erarbeitet werden.